



Leidenschaftlich. Pragmatisch. Gut.

**Kommunalwahlprogramm der FREIEN WÄHLER für die
Wahl zum Kreistag am 9. Juni 2024**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

1. Asyl, Migration und Integration
2. Gesundheit und Soziales
 - a. Allgemeines
 - b. Erhalt der wohnortnahen Gesundheitsversorgung
 - c. Schaffung von Kinder- und Jugendambulanzen mit stationärer Versorgung
 - d. Optimierung der häuslichen Pflege im ländlichen Bereich
3. Gesunde Finanzen für die Kommunen im Westerwald
4. Verkehr, Straßenausbau und ÖPNV
5. Kinder, Jugend, Familie und Bildung
6. Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr

1 Vorwort

2

3 Liebe Westerwälderinnen und Westerwälder,

4

5 wir freuen uns sehr, Ihnen unser Programm für die Wahl zum Westerwälder Kreistag am
6 9. Juni 2024 vorstellen zu dürfen.

7 Auf unserem Parteitag am 24. März wurde eine Liste aus motivierten und engagierten Frauen
8 und Männern gewählt, deren Ziel und Anspruch es ist, die Kommunalpolitik im Westerwald
9 aktiv und bürgernah mitzugestalten.

10 Mit Herzblut und Leidenschaft haben wir in den letzten Wochen an unserem Wahlprogramm
11 gearbeitet und uns dabei immer von den Grundsätzen der FREIEN WÄHLER leiten lassen:

- 12 • Ideologiefreiheit,
- 13 • Gemeinwohlorientierung,
- 14 • Pragmatismus und
- 15 • dem gesunden Menschenverstand.

16 Mit dem nun fertig ausgearbeiteten Programm verfolgen wir eine klare Linie und ein gemein-
17 sames Ziel:

18 **Wir wollen, dass der Westerwald auch in Zukunft attraktiv, lebendig und lebenswert**
19 **bleibt – eben ein Ort, den Sie weiterhin gerne Ihr zu Hause nennen!**

20

21 Mit den besten Grüßen

22 

23 Sascha Kraft

24 Kreisvorsitzender FREIE WÄHLER Westerwald

25

1. Asyl, Migration und Integration

Die Asyl- und Zuwanderungspolitik des Bundes wie auch des Landes hat zu massiven finanziellen und strukturellen Problemen in den Kommunen geführt. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden, damit die Kommunen wieder der Verantwortung ihren Bürgern gegenüber gerecht werden können und nicht länger die Notstandsverwalter einer verfehlten Bundes- und Landespolitik sind.

Wir stehen zum Recht auf Asyl und wollen unserer humanitären Verantwortung in Deutschland gerecht werden. Politisch Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge genießen Schutz, bis die Lage in ihren Heimatländern eine Rückkehr zulässt. Neben einem schnellen Abschluss der Asylverfahren ist aber ebenso die rasche Rückführung abgelehnter oder straffällig gewordener Asylbewerber erforderlich.

Durch wirtschaftliche Not in vielen Teilen der Welt verlassen Millionen Menschen ihre Heimat. Dieser Aspekt der Migration muss klar vom Asylrecht getrennt werden. Die Länder Europas und insbesondere Deutschland üben eine hohe Anziehungskraft auf Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten aus. Eine unkontrollierte Migration von Wirtschaftsflüchtlingen ist abzulehnen. Hier bedarf es Verfahrensweisen, die zu einer geordneten, sich an den Bedürfnissen unseres Landes und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientierenden Zuwanderung führen. Asylmissbrauch muss konsequent verfolgt und bestraft werden.

Bund und Land müssen die Kommunen bei der Bewältigung der durch Asylsuchende und Zuwanderer entstehenden Probleme deutlich mehr, vor allem auch finanziell, unterstützen. So muss aus unserer Sicht der Bund vollumfänglich für die Kosten der Unterbringung und der Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern aufkommen.

Die FREIEN WÄHLER machen sich dafür stark, dass bei Migranten aus EU-Ländern künftig nicht das Wohnsitzland, sondern das Heimatland für die soziale Sicherung seiner Bürger zuständig ist. Damit müssten sich Arbeitnehmer aus anderen EU-Ländern beim Beziehen von Sozialleistungen an die Höhe der Sozialleistungen in ihrem Herkunftsland anpassen. Da alle EU-Mitgliedstaaten dem Sozialstaatsgebot verpflichtet sind, ist eine entsprechende Absicherung

54 gewährleistet und gleichzeitig werden falsche Anreize unserer sozialen Sicherungssysteme be-
55 seitigt. Auch dies führt zu einer Entlastung der Kommunen.

56 Diejenigen Zugewanderten, die bei uns bleiben, müssen wir so gut wie möglich in unsere offene
57 Gesellschaft eingliedern. Doch Integration ist keine Einbahnstraße. Damit sie gelingt, müssen
58 wir die Zugewanderten fördern, aber auch ihre Bereitwilligkeit einfordern. Der Erwerb der
59 Sprache, die Bereitschaft, sich für unseren Arbeitsmarkt weiter zu qualifizieren, aber auch un-
60 sere liberale Gesellschaftsordnung anzuerkennen, gehören zwingend dazu. Dies zu verweigern,
61 muss ebenso zwingend Konsequenzen haben.

62 Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- 63 • Grundvoraussetzung zur Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Deshalb
64 wollen wir solche Angebote auf kommunaler Ebene stärken.
- 65 • Schnellerer Abschluss von Asylverfahren und schnellere Rückführung von abgelehnten
66 oder straffällig gewordenen Asylbewerbern und damit Entlastung der Kommunen.
- 67 • Konsequente Vermeidung und Ahndung von Asylmissbrauch.
- 68 • Wirtschaftsmigration ausschließlich unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Ar-
69beitsmarktes zulassen, um eine Überlastung der Integrationsfähigkeiten unserer Gesell-
70schaft und der Sozialsysteme zu vermeiden.

71

72 **2. Gesundheit und Soziales**

73 **a. Allgemeines**

74 Die jüngste Vergangenheit hat es eindringlich gezeigt: die Anerkennung und Wertschätzung
75 aller Beschäftigten im Gesundheitswesen muss deutlich verbessert werden, insbesondere im
76 finanziellen Bereich. Dies kann jedoch nicht auf kommunaler Ebene geschehen, auch wenn
77 viele Krankenhäuser (noch) von kommunaler Hand betrieben werden. Hier muss seitens des
78 Landes und des Bundes deutlich nachgebessert werden, vor allem durch finanzielle Unterstüt-
79 zung der Kommunen sowie die Einrichtung einer Landeskrankenhausesellschaft zur Stützung
80 finanziell angeschlagener Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft.

81 Darüber hinaus gibt es im Gesundheitswesen weitere zahlreiche Mängel, die es zu beseitigen
82 gilt. Die Sicherstellung einer medizinischen Grundversorgung für alle Bürger ist nicht mehr
83 flächendeckend gegeben, insbesondere was die Versorgung mit Medikamenten betrifft. Die Ab-
84 hängigkeit von Importen z. B. aus China kann in diesem Bereich langfristig fatale Folgen ha-
85 ben. Die Kommunen können hier nur unterstützend tätig werden, indem sie Gewerbeflächen
86 und (z. B. bei der Gewerbesteuer) attraktive Rahmenbedingungen im Rahmen ihrer Möglich-
87 keiten bereitstellen. Die vom Land für viele Kommunen geforderte Erhöhung der Gewerbe-
88 steuer, um Defizite in den Haushalten auszugleichen, steht dem entgegen.

89 Eine durchgreifende Verbesserung in Bezug auf die ärztliche Versorgung kann nur gelingen,
90 wenn auf Bundes- bzw. Landesebene die richtigen Stellschrauben gedreht und große Reformen
91 angegangen werden. Die Kommunen (Kreise, Verbands- und Ortsgemeinden) können bis dahin
92 nur mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln arbeiten, die allerdings allzu oft durch die
93 finanzielle Lage der Kommunen gar nicht zur Verfügung stehen.

94 Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- 95 • Förder- bzw. Anwerbeprogramme und finanzielle Förderung durch die Kassenärztliche
96 Vereinigung; viele kommunale Vertreter kennen die bestehenden Fördermöglichkeiten
97 gar nicht.
- 98 • Infoveranstaltungen bzw. Werbung des Kreises direkt an den Hochschulen.
- 99 • Übernahme der Studien-/Ausbildungskosten durch den Kreis und im Gegenzug die Ver-
100 pflichtung, sich später als Arzt im Westerwaldkreis niederzulassen.
- 101 • Während die einzelne Kommune Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, soll sich der
102 Kreis an den Kosten der Praxisausstattung beteiligen.

103 **b. Erhalt der wohnortnahen Gesundheitsversorgung**

104 Der Ärztemangel auf dem Land muss gestoppt werden. Wir FREIEN WÄHLER wollen eine
105 wohnortnahe und flächendeckende Gesundheitsversorgung in ganz Rheinland-Pfalz. Ländliche
106 Regionen müssen gezielt gestärkt werden, um ein Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land
107 zu verhindern. Eine Versorgungslücke kann nur in Zusammenarbeit mit freiberuflichen sowie
108 niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Apothekern und Therapeuten vermieden werden. Im
109 Westerwaldkreis besteht derzeit ein Defizit an Hausärzten. Bspw. fehlen allein im

110 Planungsbereich Montabaur 6,5 niedergelassene Hausärzte; im Planungsbereich Westerbürg
111 sind es 6,25 (aktuelle Zahlen der KV RLP).

112 Wir FREIEN WÄHLER wollen den Ärztemangel besonders auf dem Land bekämpfen, indem
113 wir die Arbeitsbedingungen vor Ort verbessern. Durch eine solide und verlässliche Finanzie-
114 rung wollen wir den Erhalt und Ausbau kommunaler Krankenhäuser sichern und die Vielfalt
115 öffentlich-rechtlicher, privater und gemeinnütziger Träger bewahren. Nur so wird gesichert,
116 dass Krankenhäuser in wohnortnaher Entfernung bestehen bleiben. Es darf kein Krankenhaus
117 aus finanziellen Gründen geschlossen werden. Wir FREIEN WÄHLER fordern zudem eine an-
118 gemessene Finanzierung und unbürokratische Zulassung von Notärzten. Das Land braucht eine
119 flächendeckende und funktionierende Notarztversorgung. Lücken in dieser Versorgung gefähr-
120 den Leben. Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass ein Notarzt zur Stelle ist,
121 wenn er gebraucht wird. Umgekehrt muss sich der Notarzt auf seine Honorierung verlassen
122 können.

123 Um dem Ärztemangel, insbesondere in ländlichen Regionen, entgegenzuwirken, müssen wir
124 engagierte junge Menschen für den Arztberuf interessieren und ausbilden. Es muss gelingen,
125 die Bewerberauswahl derart durchzuführen, dass gerade diejenigen einen Studienplatz erhalten,
126 die sich später als Arzt niederlassen und nicht in die Forschung oder zur Pharmaindustrie gehen
127 wollen. Das bedeutet, dass Kriterien wie eine abgeschlossene Berufsausbildung, beispielsweise
128 als Pflegefachkraft oder Rettungssanitäter, stärker ins Gewicht fallen müssen. Wenn die Anzahl
129 der Studienabsolventen, die Arzt werden, steigt, nimmt auch die Chance zu, dass sie sich in
130 ausreichender Zahl im ländlichen Raum niederlassen. Darüber hinaus wollen wir die Schaffung
131 weiterer Studienplätze für Medizin unterstützen.

132 Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss über den Ausbau finanzieller Anreize für
133 die Niederlassung von Ärzten auf dem Land nachgedacht werden. Dezentralisierte Medizini-
134 sche Versorgungszentren (in kleineren Städten und größeren Gemeinden) sollen auch gefördert
135 und in kommunaler Hand geführt werden. Hierdurch würde gewährleistet, dass ländliche Re-
136 gionen eine bessere ärztliche Betreuung hätten.

137 Ebenso muss der Berufsstand der Hebammen besser gefördert sowie Hebammenzentralen an
138 (Kreis-)Krankenhäuser angegliedert werden.

139 Im Bereich der Pflege gilt der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Jeder soll die Möglichkeit
140 haben, möglichst lange selbstbestimmt im eigenen Haushalt zu leben. Dafür muss es ausrei-
141 chend ambulante Dienste und Hilfen geben. Für alle, die nicht mehr zu Hause bleiben können
142 oder möchten, brauchen wir ein Netz aus kleinen und heimatnahen Pflegeeinrichtungen.

143 Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- 144 • Anerkennung und Wertschätzung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen und deren
145 ordentliche Bezahlung.
- 146 • Keine weiteren Schließungen von Krankenhäusern.
- 147 • Förderung medizinischer Versorgungszentren und Hebammenzentralen.
- 148 • Medizinische Grundversorgung für alle Bürger.
- 149 • „Ambulant vor stationär“ im Pflegebereich.
- 150 • Aufbau eines Netzes von kleinen und heimatnahen Pflegeeinrichtungen.
- 151 • Sicherstellung der Versorgung mit Medikamenten.
- 152 • Gründung einer Landeskrankenhausesgesellschaft.

153 **c. Schaffung von Kinder- und Jugendambulanzen mit stationärer Versorgung**

154 Die regionale Versorgung von erkrankten Kindern gehört wieder in kommunale Hand. Hierfür
155 stehen wir FREIEN WÄHLER ein. Wir wollen dafür sorgen, dass eine bessere ärztliche, thera-
156 peutische und pflegerische Versorgung gewährleistet wird und stehen somit politisch gegen die
157 Zentralisierung der Patientenversorgung.

158 In Rheinland-Pfalz gibt es aufgrund verschiedenster Faktoren immer weniger ärztliche Einrich-
159 tungen zur Versorgung und Notfallversorgung von Kindern und Jugendlichen. Hier ist eine re-
160 gelrechte Notlage entstanden. Anfahrtswege sind zu lang, Notdienste unterbesetzt und nicht von
161 fachlich versierten Ärzten betreut. Krankenhausbetten sind Mangelware. Den Eltern fehlt ins-
162 besondere in der Nacht und an Wochenenden/Feiertagen ein versierter Ansprechpartner. Mit
163 Stand Dezember 2023 veröffentlichte die KV RLP die Anzahl freier Arztsitze; hierbei konnte
164 ein Versorgungsengpass von 3 Arztsitzen im Kinder- und Jugendbereich sowie von 4 Arztsitzen
165 für Kinder- und Jugendpsychiater festgestellt werden. Des Weiteren werden die Krankenhaus-
166 betten deutlich zu knapp bemessen, sodass nicht jedes Kind, das ein Bett benötigt, stationär

167 versorgt werden kann. Es kommt zu Abweisungen von Patienten und stundenlangen Wartezei-
168 ten in den Kliniken.

169 Um für eine flächendeckende Versorgung zu sorgen, sollen in Rheinland-Pfalz Kinder- und
170 Jugendambulanzen entstehen, die für die Akut- und Erstversorgung sowie Krisenintervention
171 sorgen und damit das völlig überlastete Krankenhaussystem entlasten. Ziel ist es hierbei, die
172 Patienten bis zu 48 Stunden stationär zu versorgen und bei Bedarf (schwerwiegendere Erkrän-
173 kungen) an die Krankenhäuser weiterleiten zu können.

174 So können die jüngsten Mitglieder unserer Bevölkerung adäquat versorgt und ein Zwischenan-
175 gebot zu den Arztpraxen und Krankenhäusern geschaffen werden.

176 Weiterhin müssen die Institutionsambulanzen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie
177 ausgebaut werden sowie die Bettenanzahl im stationären Bereich erhöht werden. Hier besteht
178 eine Mangelversorgung, die letztlich verhindert, dass sich viele Kinder und Jugendliche psy-
179 chisch gesund entwickeln können. Auch in diesem Bereich ist kommunaler Druck notwendig,
180 um langfristig für eine Versorgungssicherheit zu sorgen.

181 Hier wollen wir FREIEN WÄHLER uns engagieren, die richtigen Grundsteine auf kommunaler
182 Ebene zu legen. Die medizinische Versorgung vor Ort ist ein wichtiger Baustein der kommu-
183 nalen Versorgung und muss langfristig gesichert werden.

184 **d. Optimierung der häuslichen Pflege im ländlichen Bereich**

185 In Rheinland-Pfalz gibt es mit dem Instrument der Gemeindeschwester plus einen ersten Ein-
186 stieg in ein Beratungsangebot zum Thema Pflege, der aber bei weitem nicht ausreichend ist.
187 Dieses Thema wird auch wegen der demografischen Entwicklung in Zukunft deutlich mehr an
188 Bedeutung gewinnen. Es gilt, hier mehr Struktur und Übersicht zu erreichen, damit das Bera-
189 tungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher und damit auch erreichbarer wird.
190 Die Pflegestützpunkte sollen befähigt werden, die Begutachtung durch den medizinischen
191 Dienst zu begleiten, um so auftretende Fragen und Unsicherheiten sofort beseitigen zu können.
192 Dazu müssen die Pflegestützpunkte personell besser besetzt werden.

3. Gesunde Finanzen für die Kommunen im Westerwald

Gesunde Finanzen, insbesondere der Kommunen, sind Grundvoraussetzung für eine zukunftsorientierte Politik. Ohne eine ausreichende finanzielle Ausstattung sind die Kommunen nicht in der Lage, die aufgebaute Infrastruktur und damit die geschaffene Lebensqualität dauerhaft zu erhalten. Nach einer neueren Statistik der Bertelsmann-Stiftung sind 11 der 20 am höchsten verschuldeten Kommunen in der Bundesrepublik in Rheinland-Pfalz zu finden. Vor zehn Jahren waren es 7. Während andere Bundesländer ihren Kommunen wirksam unter die Arme greifen, versucht die aktuelle rheinland-pfälzische Landesregierung, die Landesfinanzen auf Kosten der Kommunen zu konsolidieren. In der Folge werden die Spielräume der Kommunen für eigene Investitionen und Gestaltungen zunehmend eingeschränkt. Immer mehr Aufgaben von Bund und Land werden ohne entsprechende Finanzierung auf die Kommunen übertragen. Auch die steigenden Kosten im gesamten Sozialbereich treffen die Kommunen in voller Härte und ohne die Möglichkeit, sich zu entlasten. Dadurch nimmt die kommunale Finanzlage immer bedrohlichere Ausmaße an – trotz harter Sparkurse der Verwaltungen: Gebühren werden erhöht, Schwimmbäder geschlossen, kommunales Eigentum veräußert, freiwillige Leistungen eingefroren und es fehlt das Geld für dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur.

Diese verfehlte Politik bekommt der einzelne Bürger über Leistungseinschränkungen und Beitragserhöhungen zunehmend zu spüren. Eine Änderung der derzeitigen Finanzpolitik im Land kann aber nur gelingen, wenn von den Kommunen ein entsprechender Druck auf die Landesregierung ausgeübt wird. Um das zu erreichen, muss in den Kommunen ein aktives politisches Gegengewicht zur aktuellen Landesregierung entstehen. Für dieses Gegengewicht stehen in den Kommunen die FREIEN WÄHLER.

4. Verkehr, Straßenausbau und ÖPNV

Für die FREIEN WÄHLER ist bei der Verkehrspolitik eine Unterscheidung zwischen Stadt und Land zwingend erforderlich. Verkehrspolitik, die für die Städte sinnvoll ist, ist für die ländlichen Regionen oft utopisch. Der Westerwald ist ein eher ländlich geprägter Landkreis, ein flächendeckender, kurz getakteter und attraktiver ÖPNV ist Wunschdenken. Auf dem Land ist und bleibt das Auto erst einmal das wichtigste Verkehrsmittel. Deshalb ist eine gut ausgebaute und

222 gut instandgehaltene Infrastruktur essenziell für die Bürger und für den Wirtschaftsstandort
223 Westerwald. Ein Investitionsstau ist nicht akzeptabel. Städte und ländlicher Raum müssen bes-
224 ser miteinander verbunden werden.

225 Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- 226 • Berücksichtigung lokaler Gegebenheiten bei der Planung von ÖPNV.
- 227 • Behebung des Investitionsstaus im Bereich Infrastruktur.
- 228 • Bessere Anbindung des ländlichen Raumes an die Grundversorgungszentren.

229

230 **5. Kinder, Jugend, Familie und Bildung**

231 Die FREIEN WÄHLER fordern angesichts niedriger Geburtenraten und der damit einherge-
232 henden, langfristig einschneidenden demographischen Effekte auf unsere Gesellschaft eine
233 Stärkung der Familien. Die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf ist ein wichtiger Bei-
234 trag zur Förderung von Familien. Diesbezügliche gesellschaftliche und staatliche Maßnahmen
235 müssen weit über praktische Fragen der zusätzlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten hinaus-
236 gehen, sind aber zumeist nicht auf kommunaler, sondern auf Landes- oder Bundesebene ange-
237 siedelt.

238 Eltern sollen aber auch durch die Kommunen Unterstützung in der Erziehung ihrer Kinder er-
239 halten können, etwa in praktischer und pädagogischer Hinsicht. Selbsthilfe von Eltern durch
240 gegenseitige Hilfe beim Betreuen von Kindern, in Spiel- und Betreuungsgruppen soll konse-
241 quent z. B. durch die Bereitstellung entsprechender Räumlichkeiten unterstützt werden.

242 Es müssen auf der kommunalen Ebene pädagogisch sinnvolle Spielplätze, Aktionsräume und
243 Aufenthaltsräume für alle Altersgruppen unter Einbeziehung von Elterninitiativen, Pädagogen,
244 Kirchen und Vereinen geschaffen werden.

245 Unsere jüngeren Generationen sind in ein kommunales System hineingeboren, das von den äl-
246 teren Generationen geschaffen und gestaltet wurde. Die Errungenschaften dieses Systems müs-
247 sen sie auch erhalten und gestalten können. Wir brauchen ihre Leidenschaft und ihren Einsatz,
248 um die Zukunft unserer Kommunen zu sichern. Denn wir wollen, dass die Kinder und Jugend-
249 lichen von heute die engagierten und mündigen Bürger von morgen werden. Sie sollen die

Lebenswelt weiter gestalten, die ihre Eltern aufgebaut haben. Wir FREIEN WÄHLER wollen die kommunale Jugendpolitik stärken und den Dialog zwischen der Jugend und der älteren Generation verbessern. Hierüber wollen wir mehr Chancengleichheit für junge Menschen schaffen und die junge Generation ermutigen, sich ehrenamtlich in die Gesellschaft einzubringen. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, aktiv an den politischen Entscheidungen in ihrer Kommunen teilzunehmen und diese beeinflussen zu können. Möglichkeiten hierfür gibt es viele. Ideal ist ein repräsentativer Anteil der jüngeren Generationen an den kommunalen Räten und Gremien. Aber auch die Einrichtung von Jugendparlamenten oder Jugendbeiräten bieten erste Schritte für eine solche aktive Beteiligung.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- Gute bauliche und technische Ausstattung der in Trägerschaft des Kreises befindlichen Schulen.
- Förderung naturwissenschaftlicher Schwerpunkte (sogenannte MINT-Fächer).

6. Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr

Der Westerwaldkreis zählt zu den wirtschaftsstärksten Landkreisen von Rheinland-Pfalz. Das soll auch in Zukunft so bleiben! Auf die großen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen haben die Kommunen jedoch wenig Einfluss. Trotzdem wollen sich die FREIEN WÄHLER da, wo es auf kommunaler Ebene machbar ist, für die heimische Wirtschaft einsetzen. Das schließt auch den Einsatz für eine möglichst niedrige Kreisumlage ein, damit mehr Geld bei den Ortsgemeinden verbleibt und diese weniger gezwungen sind, die Gewerbesteuerhebesätze zu erhöhen. Unmittelbar kommt das den ortsansässigen Unternehmen zugute. Gleiches gilt für den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur, die essenziell ist für die Stärke unserer Wirtschaft.

Potenzial erkennen die FREIEN WÄHLER in einer engeren Vernetzung der heimischen Unternehmen untereinander sowie von Unternehmen und Schulen, um junge Menschen frühzeitig für eine Tätigkeit in Wälder Betrieben und damit in der Regel für einen Verbleib in der Region zu begeistern. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels ist es wichtiger denn je,

278 einerseits die Kinder des Kreises im Kreis zu halten und andererseits den Zuzug von tatsächli-
279 chen Fachkräften aus dem In- und Ausland zu fördern.

280

281 Die FREIEN WÄHLER sehen die Entwicklung des Fremdenverkehrs auf einem guten Weg.
282 Der Schwerpunkt auf Wandern, Radfahren, Camping und Naherholung ist richtig, ebenso wie
283 die Zusammenarbeit über Kreisgrenzen hinweg. Nicht nur die Westerwälder lieben ihre Natur,
284 auch den Gästen scheint sie zu gefallen: Nach den Corona-Jahren steigen die Übernachtungs-
285 zahlen wieder. Deshalb liegt uns ein Erhalt der Natur und des Wälder Landschaftsbildes beson-
286 ders am Herzen, was großflächige Abholzungen z. B. für Windkraftanlagen ausschließt.